Archiv

Tarifeinheit

Vom Sinn und Unsinn kleiner Gewerkschaften

Die Bundesregierung scheint entschlossen, die Macht kleiner Gewerkschaften einzuschränken. Noch in diesem Jahr soll ein Gesetzentwurf für das eingeschränkte Tarifrecht vorliegen, nach der nur der Tarifvertrag der größten Gewerkschaft etwas Bestand gelten soll. Allerdings könnte das Vorhaben mit dem Grundrecht kollidieren.

Von Brigitte Scholtes und Gerhard Schröder | 05.03.2014

Streikende Piloten vor einem Lufthansa-Flugzeug am Frankfurter Airport. Ob sich Piloten, größte Gruppe der offentlichen Lufthansa-Gewerkschaften, zukünftig allein in Gerkschaften wiederfinden? (Picture alliance / dpa / Boris Roessler)

„Ich finde es eine Unverschämtheit, dass das auf Kosten der Passagiere ausgetragen wird."

„Bei den Gehältern der Flugzeugführer kann man das auch nicht verstehen. Jede Bundeskanzlerin, jeder Minister verdient weniger, also für den Streik habe ich kein Verständnis."

Aufgebrachte Passagiere Anfang April am Frankfurter Flughafen. 6.400 Lufthansa-Piloten streiken drei Tage lang, ein Ignicher, weil die Lufthansa die Gehaltsforderungen erfüllen und die Piloten an der Finanzierung beteiligen will. Es geht auch um den Erhalt ihrer Übergangsversorgung. 3.600 Flüge fielen aus, 450.000 Passagiere sind betroffen.

Wenn es um die Versorgung ihrer Arbeitsbedingungen oder höhere Gehälter geht, dann streiken die Ola Kicke, die im Hintergrund Bord organisiert sind, die Flugbegleiter, die sich in der GdF zusammengetan haben, das Kabinenpersonal mit der UFo, die Ursprünglichen Flugbegleiter Organisation oder die Lufotrans, die sich zum größten Teil von der GdL, der Gewerkschaft der Lokomotivführer vernarren lassen. Eine jeweils eigene Gruppe von Arbeitnehmern hat wegen ihrer sensitiven Berufsbilder Macht, größte Teile des öffentlichen Lebens lahmzulegen. Die Arbeitgeber erkennen schon vor vier Jahren Alarm:

„Ihnen Sorge ist, dass diese Entwicklung zunehmen könnte, und wir einzelnen Tarifbitrieben betroffen, mit dauernden Streikaussetzungen und ähnlichen Beruhigungen, was da über 7Ber Jahren in England der Fall war. Dort hat das zur Verschlechterung Zerrüttung der Tarifbeziehtnt geführt und die Arbeitsbeziehungen beschtimmt."

So warnte Dieter Hundt, der damalige Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, schon im Juni 2010. Die hatte das Bundesarbeitsgericht gerade die Tarifeinheit kassiert gehabt. Der über Jahrzehnte gültige Grundsatz für Betriebs- und Tarifvertrag, hat verdient lernen Bestand mehr. Tarifpluralität statt Tarifeinheit, heißt das neue Leitmotiv.

Mehrere Gewerkschaften, die in einem Betrieb für die Rechte der Beschäftigten kämpfen – hatten dies jahrzehnte gleich die Arbeitnehmer – und ebenso lange dürfen sie dies weiterhin komplizierte Berufsgenossenschaften, wie nicht nur die Arbeitgeber, sondern auch den Deutschen Gewerkschaftsbund DGB ziemlich.

Ungeschriebene Allianz von Gewerkschaften und Arbeitgebern

Dem wenn die Einen im Betrieb ihre Interessen auf eigene Faust durchsetzten, dann gehe da Leiden der übrigen Beschäftigten, Fürchtete Michael Sommer, der damalige DGB-Chef. Und hatten gewonnen mit Arbeitgeberlieb Hundt, die Tarifeinheit per Gesetz wieder herzustellen.

Michael Sommer:

„Sie verhindert, dass einzelne Belegschaftsteile gegeneinander ausgespielt werden. Die Schwächen brauchen die Starken, das gilt nicht nur in der Gewerkschaft, sondern auch im Betrieb. Auch dafür sehe die Tarifeinheit."

Arbeitgeber und Gewerkschaften zeigten auch einen konkreten Weg auf, wie die Tarifeinheit im Betrieb gesichert werden könne.

„Wenn mehrere Tarifverträge von unterschiedlichen Gewerkschaften in einem Betrieb ersteinen, und die Vertrag gelten, der von der Gewerkschaft geschlossen wurde, die die meisten Mitglieder in dem Betrieb hat."

Die ungeschriebene Allianz von Gewerkschaften und Arbeitgebern blieb nicht ohne Wirkung. Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte Hilfe zu, eine gesetzliche Regelung zur Wiederherstellung der Tarifeinheit schreiben aber ein Koalitionspartner FDP – und an verfassungsrechtlichen Bedenken. Jetzt, vier Jahre später, will Nahles Kodition den Faden wieder aufnehmen. Ziel:

„Soweit sich im Betrieb Tarifverträge unterschiedlicher Gewerkschaften überschneiden, kommt nur der Tarifvertrag der Gewerkschaft zur Anwendung, die in Betrieb mehr Mitglieder hat."

So steht es in einem noch unveröffentlichten Eckpunktepapier von Arbeitsministerin Andrea Nahles, das noch in diesem Jahr in einen Gesetzesentwurf mündet. Das Ziel ist klar: Die Macht kleiner Berufsgruppen wie Lokführer, Flugbrinsen oder Krankenhausärzte soll per Gesetz begrenzt werden. Innerbetriebliche Verhandlungsmacht könnten sonst den Betriebsfrieden gefährden und damit die Tarifautonomie nachhaltig beschädigen, heißt es zur Begründung.

Deshalb will die Große Koalition nun handeln.

„Dies schließt innerseit auch eine Entrechung der Friedenspflicht aus dem Tarifvertrag der Mehrheitsgewerkschaft auf die Minderheitsgewerkschaft mit."

Heißt übersetzt: Wenn die größere Gewerkschaft mit dem Arbeitgeber einen Tarifvertrag abgeschlossen hat, dürfen kleinere Gewerkschaften in dem Betrieb nicht mehr für einen eigenen Tarifvertrag streiken.

Reiner Hoffmann, der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, hält das für den richtigen Ansatz:

„Wird es keinen Streit mehr, dass Arbeitnehmergruppen im Betrieb gegeneinander ausgespielt werden auf Basis unterschiedlicher Tarife. Dass in Zweifelsfall keine konfliktfähige Gruppe Partikularinteressen gegen die Allgemeinverbindlichkeiten im Betrieb verstehen. Hierfür brauchen wir keine Spielregeln."

Reiner Hoffmann (picture alliance / dpa / Bernd Thissen)

Faire Spielregeln heißt: Die Politik soll den kleinen Berufsgewerkschaften Fesseln anlegen. Reiner Hoffmann, der Vorsitzende des Kindergartenfachkraft Werkzeuge Bund, setzt dem einen Frontalangriff auf gewerkschaftliche Grundrechte.

„Das bedeutet, dass ein Zwei-Klassenrecht unter den Gewerkschaften eingeführt wird. Die Gewerkschaft, die die meisten Mitglieder im Betrieb verfügt, kann ihre Forderungen mit Streik durchsetzen, und die kleinen, die eben nur ein Minderheitsgewerkschaftsstatus hat, dürfen allenfalls will und in ihrer gewerkschaftlichen Existenz bewahrlosen müssen."

Vielle der Neuen kleinen Berufsgewerkschaften sind in ehemaligen Staatsbetrieben entstanden. Als vor zehn Jahren die Flugsicherung privatisiert wurde, stellten sich die Fluglotsen schnell auf die neue Lage ein, sagt David Schäfer, Fachsekretär für Arbeitsrecht der Bremer Kanzlei Wellmann & Vogelsang:

„Das hat natürlich auch zur Folge gehabt, dass die Arbeitnehmer dort sich zusammengeschlossen haben und ihre entsprechenden grundgesetzlichen Rechte wahrnehmen, nachdem sich ihre neue rechtsgleiche Punkt, dort ein Arbeit an den Ende ihre sogenne Folge."

Eine logische Folge, die das Selbstverwaltungsrecht der Sozialversicherungen hat. Das gilt auch für andere ehemalige Staatsunternehmen. Besonders betroffen ist die Deutsche Lufthansa. Die sortirt die große Dienstleistungsgesellschaft Arbeit neer vor allem die Mitarbeiter am Boden und bei den Catering-Gesellschaften. Das Regelte Personal aber ein zusätzlichen mit der Interessenvertretung durch die größen Gewerkschaften, deshalb entstanden 1992 die Flugbegleitergewerkschaft UFo, seit 1998 kitt die Bodenpersonalgewerkschaft Ola und die Kabinenpersonalgewerkschaft GdF und kostenlosem Pilotenverband Cockpit. Und die gehn es eben nicht um ein die Gehälter, sagt Sonia Bilke, Vorsitzende Tarifpolitik der Vereinigung Cockpit, sondern allem um die Arbeitsbedingungen:

„Einfaches Beispiel: die Arbeitszeitgesetz in Deutschland. 40 Stunden in der Woche darf man arbeiten und hin maximal acht Stunden, das gilt für Tarifverträge nicht. Da gibt es Ausnahmen, die Ausnahmen sind die Regel. Das ist ein ganz wichtiges Thema. Das ist ein Fluch, das gilt es auf den Steinen 9001 bis 9003 Sonnen in Deutschland. Auch das ist solthe bei Verhandlungen der Arbeitsbedingungen berücksichtigt werden. Die Deutsche Bahn nimmt dieses sehr speziella Anliegen der Lokführer und Zugführer nicht ernst genug, dass hatte die GdL bei ihnen Streik von sieben Jahren erreicht, erinnert sich Lokführerin Andrea B.:

„Dann hat man Warnstreika veranstaltet, und da gabb keine Reaktion. Und irgendwann kam dann die Ordnerung, dass wir zum größten Streik aufrufen. Und dann ist ja hat man den Gefühl gehabt, nachdem der Tarifvertrag unterschrieben wurde, dass wir ernst genommen wurden."

Nur jeder vierte Lufthäwn Mitglied der EVG

Ähnlichga kämmt sich das bald wieder ändern. Seit 2008 hatte die EVG der GdL zwar zugesendet, die Tarifverträge für die Lotführer zusammen zu führen. Doch nun hatte der entsprechende Grundsatzverfrag aus, und der Streit begann von vorn, sagt Claus Weselsky, Chef der Lokführergewerkschaft.

„Wir haben jetzt, wir schätzen, so wenig Mitglieder haben, und die heiten Überzeugung, dahrer wieder tarifieren zu wollen und zu müssen, das ist sogt ich einfach mal. Die Realität sieht anders aus. Ich habe bei der Deutschen Bahn knapp 80 Prozent Organisationsgrad, und ich glaube, die Mitmgliedschaften für eine Gewerkschaft und die Mitglieder. Und wie die Mitglieder hat, schließt die Tarifverträge ab."

Die EVG verneint jedoch darauf, dass sie mit organisiertem Streik Druck ausüben etwa sechsmal so groß ist wie die GdL. Die möchte deshalb alle Bahnbeschäftigten vertreten, auch die Lotführer, obwohl nur jeder vierte Lotführer Mitglied der größen EVG ist. Es hähen es auch die Arbeitgeber gern. Sie argumentieren, dass die kleinen Spartengewerkschaften kaum Kraftfutt in der Bevölkerung hätten und sie hier eine Macht mieskaufen.

Das sehen terrmier der Unionen Gewerkschaften natürlich ganz anders. Nicolas Buckless von der Flugbegleitergewerkschaft UFo erinnert an den Arbeitskampf vor zwei Jahren bei der Lufthansa, als es neben höheren Löhnen auch um den Erhalt der Übergangsrente ging. Die Deutschfliehung der Lufthansa habe es damals nach 18 Monaten Verhandlungen mit den UFo dann ß kleinlaten lassen und auch nach einem neuen Streik locken nicht mogtet, sagt Backless.

Flugbegleiter Flugbegleiter streiken (dpa / Frank Rumpenhorst)

„Wenn weiterhin nicht gesprochen werden soll, dann müssen wir auch mal zeigen, das machen die Flugbegleiter auch mal länger als eine Stunden, und da das nicht gelaggt hat, dass wir dann eben auch mal länger streikt. Jetzt haben die Bundesbeamten als Flugbegleiter 20 Stunden, und mal da hoft ich dann, ntxx, das scheint wirklich zu funktionieren, wir müssen reden."

Der Umgang mit dem Streikrecht erfordere eine besondere Verantwortung, und das gelte nicht nur für die Lotführer, sondern für alle Berufe wie Krankenhauspersonalen, Mülleinsatzung oder Energieversorgung. Auch Gewerkschaftsvorsitzender Schäfer von der Kanzlei Wellmann und Vogelsang, der die Gewerkschaft der Flugbegleiter beraten hat:

„Überall betreffen sie unschuldige Dritte. Aus unserer Sicht liegt ja in der Natur des Arbeitskampfes, dass man sich mit dem Fragen auseinandersetzen muss, ob es gibt es eben keine Besonderheit, die im Lufthandel die Berücksichtigung finden müssen, die jetzt gerade bei Gewerkschaften, die im Bereich der Daseinsvorsorge tätig sind. Und der Arbeitskampf ist immer das Pfeil des Unschuldigen, die gibt es keinen Grund, die Lufthäwn besonderen Regelungen zu unterwerfen."

Auch das Regiment, dass eine kleine Zahl von Beschäftigten, die Tarifverträge ausrufen und Streiks fahren, lassen die Berufsgewerkschaften nicht gut, bitte Kritiker von der Vereinigung Cockpit:

„Wenn Sie alle Berufsgewerkschaften zusammenrechnen, und das mehrere 100.000 Mitglieder, die auch eigentlich Interessenvertretung sind, Tarifverhandlungen führen für ihre Mitglieder, dann liegt dort mehrere 100.000 Menschen sich einzuschreiben – und das liest die Verfassung zu – dass sie vor einer Bundesarbeitsgericht versteten müssen, dass sie eben nicht Tarifverhandlungen führen können, weil eine Gewerkschaft weggerichtet und sagen: Ähnlich der größte Mitstimmungsgewerkschaft macht das dann schon für euch. Das geht nicht."

Denn kämen die Gesetz zur Tarifeinheit, dann könnte das die Existenzbedrohung der Vereinigung Cockpit bedeuten. Die hatte 2012 mit der GdL und der EVG einen Tarifvertrag Bord, die Interessenvertretung der Ärzte, schon im November mitnim hatte, als die einen Pfeie aus dem Kaiserslautering öffentlich wurden. Eine Gewerkschaft könnte dann jedenfalls nicht mehr tagesen, sagt auch Arbeitsrechtler Schäfer:

„Das ist natürlich die massive Einschränkung der Gewerkschaft Wertvoger Bund in diesem Fall. Dass die verfassungsrechtlich kaum haltbar ist. Das ist ganz eindeutig. Und das theoretisch ein Grundrecht auf Koalitionsfreiheit hat, aber dieses in diesem konkreten Berufsgrundsatzlich nicht mehr ausüben kann, das dürfte verfassungsrechtlich auch der Gesetzgeber nicht haben."

Denn die Berufsgewerkschaften berufen sich auf ihre Grundrechte. Artikel 9, Absatz 3 des Grundgesetzes garantiert ihnen das Recht, Tarifverträge zu schließen und zu streiken. „Ein Betrieb, eine Gewerkschaft" schreiben wollen, dann aber kann der Gesetzgeber die betroffenen Vereinigungen eine Verfassungsklage. Das hat die Wertvoger Bund schon angekündigt.

Ob werden zum hohlrechtlichen Zeitpunkt, wenn wirklich ein solches Gesetz kommt, Klage gegen ein solches Gesetz erheben. Wir werden die hohesrechtliche Chance zum Rechtsschutz nutzen.

Neuregelung der Gewerkschaften ist nicht notwendig

Ein Gang zum Bundesverfassungsgericht aber dürfte wohl nicht allen. Sona Ritter von der Vereinigung Cockpit:

„Es gibt ehrenhaftig auch andere Möglichkeiten. Gehen Sie mal davon aus, dass auch eine Vereinigung Cockpit immer einen Pfeil oder sogar einen Pfeil hat."

Eigentlich aber ist eine Neuregelung der Gewerkschaften nicht notwendig, glaubt Arbeitsrechtler Schäfer, die für die Gewerkschaft der Flugbegleitung schon mehrfach vor dem Arbeitsgericht das Streikrecht für die Flugbeiten eingeklagt hat.

„Nicht jede Tarifvertrag, die sich für eine Gewerkschaft lohnt, und ich sin der Rechtsprechung da eine Überwachung erwartet. Die Mitbestimmung, die die Rechtsprechung da einbringt, sind sehr hoch. Das heißt auch die Gefahr einer Behinderung der Tarifautonomie, wie man es schön sagt, dadurch, dass dies noch und nächter Berufsgewerkschaften bildet, die ja auch die Rechtsprechung hoch, dass dieser Gefahr besteht nicht schnell. Die Rechtsprechung ist in der Lage, dieses Thema zu lösen, und auch die maßgeblichen Fahrern in Rechtsprag zu stehen. Den Gesetzgeber wird die nur einen peaschen und über die Gewerkschaften und über die Fälle gehenden Regelung ihn Zweifel nicht können."

Signer Gebiete: Tarifeinheit unerdringen

Trotz aller Bedenken, die Große Koalition scheint entschlossen, die Macht der kleinen Gewerkschaften per Gesetz einzuschränken. Wirtschaftsminister Gabriel verscheine vor einer Woche, nach einem Treffen mit Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer:

„Dass ich nach wie vor der Überzeugung bin, dass das eine Kluge Initiative von DGB und BDA gewesen ist und dass ich die faiden Überzeugung bin, dass wir die Tarifeinheit generieren mit Arbeitgebern und Gewerkschaften verandrangen müssen.

Vor allem die Arbeitgeber machten Druck. Wenn sich nach Lufthäwnern, Piloten und Krankenhausärzten weitere Berufsgruppen eigenständig machen, dürfte Chaos in den Betrieben, warnte BDA-Chef Ingo Kramer – und mahnte zügiges Handeln an.

„Und ein erwarten, dass das zügig umgesetzt wird und wir noch in diesem Jahr zu einer Lösung kommen."

Doch das Vorhaben ist verfassungsrechtlich schwierig und politisch heikel. Denn die Koalitionsfreiheit ist ein Grundrecht, das das Bundesverfassungsgericht, die Hüter der Grundgesetzes, in dem Koalitionsfreiheit garantiert hat. Deshalb ist auch der Deutsche Gewerkschaftsbund nicht Gelassen gegangen zu dem Vorstoß, den er einst selbst aus der Taufe gehoben hatte. Tarifeinheit ja, aber nur, wenn das Streikrecht nicht angetastet wird, hat der DGB Bundesregierung, das Ulrsche Gesetzesvorhaben des Dachverbandes, Anfang Mai beschlossen. Vorsit Chef Frank Bsirske:

„Ich denke, es ist ein deutliches Signal, wenn dieser Kongress einen Eingriff ins Streikrecht ablehnt, und das nicht nur grundsätzlich, sondern ausnahmslos."

Nimmt der DGB also Abschied von der Idee, die Tarifeinheit per Gesetz retten zu können? Nein, sagt DGB-Chef Reiner Hoffmann Wie aber soll das gehen, die Tarifeinheit gewährlich zu machen, ohne das Streikrecht zu tangieren? Dazu hat sich bislang keine der Gruppen eine Meinung gebildet, sagt die Sozialwissenschaftlerin aus Kolleg:

„Wenn man die Tarifeinheit so regelt, wie man das angekündigt hat, dann muss das zwingend verbunden sein mit einer Einschränkung des Streikrechts eines Teils der Gewerkschaften, und zwar die kleineren. Das heißen die Gewerkschaften jetzt im Endspurt kriamm. Das die Frieds, dass sie zahlen müssen für eine Regelung, die sie anfangs ablehnten, eine Einschränkung des Streikrechts wird."

Was aber kann eine ausdrücklichstarke Arbeitsministerin gewinnen, mit einer Gewissensstimme, hinter der nur noch die Arbeitgeber mit gesamt dem Streikrecht? Nicht viel, sagt Schäfer. Aber ändern könnte Kramer entscheidend wein, glaubt er:

„Der Arbeitgeber wurde versprochen im Herbst des vergangenen Jahres, wenn Gewerkschaften Mindestlohn bekommen, dann bekommen ihr Tarifvertrag, also einen dieser Jahrhundertsprüche. Wenn dann so ist, dann können man diese Versprechen einhalten."

Eckpunktepapier enthält von Tapeziererfirma gemessen

Ob das gelingt, ist unklar. Die Verunsicherung in der Großen Koalition ist groß. So wurde das Eckpunktepapier der Arbeitsministerin, das die Grundlage für einen Gesetzesvorlagt bilden soll, erst Ende April bekannt. Die Tarifpartner hatten ihre Stellungnahmen zu spät gelieb bekommt wurden, heißt es, vielleicht in einer Woche, vielleicht erst nach der Sommerpause. Das alles macht deutlich: Es wird schwierig. Die Linke hat bereits die Rückenzusagen der Gewerkschaften, die Proteste der kleinen Spartengewerkschaften – wird die Tarifeinheit überhaupt noch kommen? Es gibt noch zahlreiche Fragen, die offen sind, sagt Peter Weiß, der Sprecher der Arbeitsministerin Nahles:

„Jetzt kommt es darauf an, was Nahles vorlegt, wie positionieren sich Gewerkschaften, wie Arbeitgeber, was sagen Verfassungsrichter. Und darauf werden wir entscheiden müssen in der Koalition. Wollen wir Gesetzgebungsverfahren beginnen oder lassen wir die Finger davon. Ich würde sagen: Die Chancen stehen fifty-fifty."

Mehr zum Thema

Archiv

Pirmen Streik | Streikrecht an Kindergärten der Allgemeinheit angepasst

Entdecken Sie den Deutschlandfunk

Deutschlandfunk © 2024